

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 35/39  
Telex: 8 86 846 ppbr d

## Inhalt

Willy Brandt MdB zum gewaltsamen Tod von Olof Palme: Die Welt ist ärmer geworden. Seite 1

Willy Brandt MdB zum Ausgang der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Abkehr von der kalten Bonner Politik. Seite 3

Friedolin Scheuble zur Forderung Tandler's, in Bayern früher zu wählen: Angst vor den Bauern. Seite 4

Heinz Oskar Vetter MdEP zur Kohl-Forderung nach AFG-Änderung: Der Kanzler, ein Systemveränderer. Seite 5

Volker Neumann MdB zu den Ereignissen auf den Philippinen: Domino-Effekt der Demokratie in Fernost? Seite 6

41. Jahrgang / 42

3. März 1986

### Die Welt ist ärmer geworden

Olof Palme war eine der herausragenden Persönlichkeiten der internationalen Sozialdemokratie

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In der Nacht zum Sonnabend erreichte mich die zunächst unfaßliche Nachricht, daß Olof Palme umgebracht worden ist.

Mein erster Wunsch ist, seiner Frau und seiner Familie, den schwedischen Sozialdemokraten und dem schwedischen Volk in seiner Gesamtheit meine tiefempfundene Anteilnahme zum Ausdruck bringen zu dürfen.

Schweden hat einen Staatsmann von internationalem Rang verloren. Die nach Frieden und Gerechtigkeit dürstende Welt ist ärmer geworden.

Ich selbst beklage den Verlust eines engen Freundes, mit dem ich noch vor ein paar Tagen darüber beraten habe, welche Schritte wir machen könnten, um dem Rüstungswahnsinn ein Ende zu bereiten. Wir haben miteinander vieles versucht, was es nun ohne ihn, aber in seinem Sinne weiterzuführen gilt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisbogen-Druck  
mit empfindlicher Rohmaterial  
Kreistinte-Druck



Olof Palme war - zusätzlich zu dem Vielen, was er für sein eigenes Volk bedeutete - eine der besonders herausragenden und vorausdenkenden Persönlichkeiten der europäischen und internationalen Sozialdemokratie. In der Sozialistischen Internationale war er einer der Vizepräsidenten, dessen Worte ihr eigenes Gewicht hatten. Im Ringen um die Überwindung von Kolonialismus und Rassismus hat er sich unvergängliche Verdienste erworben.

Die nach ihm benannte internationale Kommission hat Wege gewiesen, den Frieden sicherer zu machen. Zuvor hatte er mir in meiner Nord-Süd-Kommission dabei geholfen, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie der Welthunger überwunden werden kann, und wie die Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern auf eine neue Grundlage gestellt werden können. Wir waren uns darin einig, daß Mittel, die heute für Überrüstung vergeudet werden, zugunsten vernünftiger Zwecke umgelenkt werden müssen.

Ich weiß nicht, wie die Lücke geschlossen werden soll, die durch den gewaltsamen Tod Olof Palmes gerissen wurde. Wohl aber weiß ich, daß wir ihn am besten ehren, wenn wir weiterarbeiten an dem, was Inhalt seines von so viel mitmenschlichem Engagement und so viel zukunftsweisendem Gedankenreichtum geprägten Lebens gewesen ist.

(3.3.1986/rs/ks)

\* \* \*



Abkehr von der kalten Bonner Politik

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die CDU hat jetzt in Schleswig-Holstein, im vermeintlichen Stamm-land ihres Hoffnungsträgers Gerhard Stoltenberg, eine erdrutschartige Niederlage hinnehmen müssen. Für Gerhard Stoltenberg heißt dies „Land unter“. Denn ihn werden die direkten Abwanderungen von der CDU zur SPD besonders hart treffen.

Das Ergebnis festigt den Trend aus allen letzten Wahlen. Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, bei den süddeutschen Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen: überall verliert die CDU, die SPD gewinnt dazu.

Man kann auch so sagen: Bei ihren Meinungsforschern gewinnt seit Monaten die CDU, aber bei allen Wahlen die SPD.

Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein. Sie haben sich - mit Björn Engholm als ihrem Spitzenkandidaten - eine hervorragende Ausgangsposition für ihre Landtagswahl im nächsten Jahr geschaffen, und sie haben zugleich Gerhard Schröder und der niedersächsischen SPD eine glänzende Vorlage für die als nächste fällige Wahlentscheidung im Juni gegeben.

Die Tatsache, daß die CDU jetzt in allen kreisfreien Städten und in den Kreisparlamenten Schleswig-Holsteins ihre bisherigen Mehrheiten verloren hat, hat sicher über die Kommunalpolitik hinaus Bedeutung: Offenbar wenden sich immer mehr CDU-Anhänger von der stillen und kalten Bonner Politik ab.

Für uns Sozialdemokraten hat mit diesem Wahlausgang die Serie der fünf in diesem Jahr anstehenden Wahlen über Erwarten erfolgreich begonnen. Die SPD kann den weiteren Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler mit begründeter Zuversicht entgegensehen. (-/3.3.1986/rs/ks)

\* \* \*



**Angst vor Kohl - Angst vor den Bauern****Warum Tandler früher wählen lassen will**

Von Friedolin Scheuble  
Pressesprecher der bayerischen SPD

Die Leichtfertigkeit, mit der die CSU in der Öffentlichkeit über eine mögliche Parlamentsauflösung und vorgezogene Neuwahlen schwätzt, zeugt nicht eben von Respekt vor dem Parlament. Als ob der Landtag eine Einrichtung wäre, die man fast nach Belieben wegen geringfügiger Anlässe aufmachen und schließen kann. Es kann nicht sein und niemand glaubt es, daß Tandler wegen des von der SPD-Fraktion angekündigten Boykotts des Justizministers (wenn er das Wort ergreift - einen schweigenden Justizminister Lang kann die SPD gerade noch ertragen) eine Auflösung des Parlaments für nötig hält. Der Landtag kann ganz gewiß für ein paar Monate ohne einen am Rednerpult Verleumdungen verbreitenden Justizminister auskommen. Allerdings hätte die CSU theoretisch die Möglichkeit, das Parlament tatsächlich zu paralisieren und beratungsunfähig zu machen: Indem sie unter fadenscheinigen Gründen den Justizminister in möglichst jeder Sitzung auftreten ließe und damit die Opposition zum Auszug veranlassen würde.

Aber der CSU dürfte selbst klar sein, daß sie sich damit der absoluten Lächerlichkeit preisgeben würde. Nein, die Weigerung der SPD, diesem Justizminister im Parlament zuzuhören, wird der Öffentlichkeit kaum als hinreichender Grund für eine Parlamentsauflösung plausibel gemacht werden können. Wenn Tandler den Landtag auflösen und früher wählen lassen will, müßte er - und es besteht der böse Verdacht, daß er dies vorhaben könnte - schon für eine weitere Eskalation des Konflikts sorgen; vielleicht bringt er ja noch andere Minister dazu zu behaupten, die SPD verbinde (oder verbünde) sich mit Terroristen.

Wenn also der Konflikt Lang-Hiersemann kein plausibler Grund für eine Parlamentsauflösung sein kann, dann muß angenommen werden, daß Tandler nur ein Vehikel sucht, um zu vorzeitigen Neuwahlen zu kommen. Die Gründe dafür müssen ganz andere sein, nämlich wahlstrategische. Tandler rechnet sich offensichtlich bei baldigen Wahlen, etwa schon im Juni, bessere Chancen für die CSU aus.

Eine Tandler-Überlegung könnte sein: Der Zorn der Bauern wird weiter wachsen und durch die bevorstehende EG-Agrarpreistrunde mit neuerlichen Kiechle-Negativbeiträgen gewiß nicht gedämpft werden. Lange wird die CSU nicht mehr behaupten können, sie tue ja alles für die Bauern, wenn gleichzeitig ihr Agrarminister in Bonn und Brüssel die bayerischen Bauern verrät.

Ein weiteres, sehr wahrscheinliches Tandler-Motiv: Angst vor Kohl, Angst davor, daß aus dem bekannten Blockout eine ganze Serie wird. Wenn fahrplanmäßig am 12. Oktober der neue Landtag gewählt wird, entsteht in der Endrunde des Wahlkampfes eine weitgehende Identifikation mit dem Bundestagswahlkampf, weil zum Jahresanfang 1987 das Bonner Parlament gewählt wird. Davon möchte Tandler weg. Er hätte wohl lieber eine von Bonn abgekoppelte Bayernwahl - also müßte man in Bayern möglichst bald wählen. Man liegt höchstwahrscheinlich richtig, wenn man die Tandler-Bestrebungen als indirektes Eingeständnis dafür wertet, daß er Schlimmes für die Bundestagswahl befürchtet. Vielleicht sogar das Allerschlimmste: Daß gegen den Kanzler aufgrund der Schily-Strafanzeige im Zusammenhang mit der Spendenaffäre Anklage erhoben wird und die Union einen fliegenden Kanzlerkandidatenwechsel vornehmen müßte.

Die SPD betrachtet die Denkübungen des Wahlstrategen Tandler mit großer Gelassenheit. Wenn die CSU partout früher wählen will - bitte. Ob im Juni oder im Oktober, die CSU wird als in Bonn mitverantwortliche Partei so oder so von den Bauern, von den Arbeitslosen, von den vielen sozial ungerecht behandelten Bürgerinnen und Bürgern und von denen, die Rau statt Kohl haben wollen, ihre Quittung bekommen. - Siehe Schleswig-Holstein!

(-/3.3.1986/rs/ks)

\* \* \*



Kohl, ein Systemveränderer

Mit der AFG-Änderung arbeitet er den extremistischen Kräften in die Hände

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

„Sie wissen“, sagte vor drei Jahren am 4. Februar 1983 Bundeskanzler Helmut Kohl zu Ernst Lueg, „daß die Verhältnisse zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik sehr unterschiedlich sind. Das fängt schon damit an, daß wir eine völlig andere Gewerkschaftsbewegung haben - ich füge ganz offen hinzu: Gott sei Dank -, und daß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch bei uns ein anderes ist als in weiten Teilen Großbritanniens.“

Ich fürchte, Helmut Kohl hat seine Worte vergessen.

Es war bisher so, daß gegenüber anderen Industrienationen in der Bundesrepublik der Konsens zwischen Arbeitnehmern und den Arbeitgebern fast in jeder Phase stärker ausgeprägt war als anderswo. Dies war ein Erfahrungsgewinn aus der Weimarer Republik und das Grundkapital für den wirtschaftlichen Erfolg der in der Bundesrepublik am Wirtschaftsleben Beteiligten.

Dies konnte vor allem von der Arbeitnehmerseite her nur deshalb gelingen, weil wir der Kapitalseite gleichberechtigte starke und handlungsfähige Einheitsgewerkschaften und ein funktionierendes System betrieblicher Interessenvertretung entgegenstellen konnten.

Mit diesem Modell Deutschland wird es ein Ende haben, wenn die Pläne der Bundesregierung zur Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz realisiert werden. Strauß hat sich 1979 voreilig gelobt: „Ich bin der deutsche Thatcher.“ Helmut Kohl handelt nach dieser Vorgabe. Nicht aus mangelnder Einsichtsfähigkeit, sonst hätte er vor drei Jahren nicht solch treffende Worte für unser bisheriges System gefunden, sondern planvoll, weil er die Machtverhältnisse in dieser Republik verändern will. Das meint er mit der „geistig moralischen Wende“. Das ist sein strategisches Ziel über den puren Gegenstand der angestrebten gesetzlichen Regelung hinaus.

Kohl braucht kein Verbändegesetz. Er braucht auch kein Gewerkschaftsgesetz a la Thatcher. Er weiß wie sein Bundesarbeitsminister Blüm, daß man freie Gewerkschaften mit vielen kleinen Schikanen so sehr schwächen kann, daß sie ihre Funktion nicht mehr erfüllen.

Der Bundeskanzler ist deshalb in meinen Augen ein Systemveränderer im schlechten Sinn des Wortes. Wenn er die Streikfähigkeit der deutschen Gewerkschaften so gravierend wie geplant einschränkt und zugleich die Aussperrungs-Praktik fördert, arbeitet er extremistischen Kräften in die Hände. Wer die Ordnungsfunktion der deutschen Gewerkschaften beiseite schiebt, der will Unordnung, um mit immer neuen Sicherheitsgesetzen dem Staatswesen eine neue - wie ich fürchte - illiberale Qualität zu geben.

Für eine solche grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft, wie sie jetzt ganz offenkundig das Ziel der weder christlich noch liberalen Regierungskoalition ist, hat die Bundesregierung und haben die Koalitionsabgeordneten kein Mandat der Bürger unseres Landes. Deshalb ist es notwendig, daß nicht nur die organisierte Arbeitnehmerschaft erkennt: Hier geht es nicht nur um ein Detail des Arbeitsförderungsgesetz, sondern um den Versuch, die Axt an unser System des sozialen Interessenausgleichs zu legen. (~/3.3.1986/ra/ks)

Domino-Effekt der Demokratie in Fernost?

**Die Ereignisse auf den Philippinen machen den Demokraten Koreas Hoffnung**

Von Volker Neumann MdB

Der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung hat nach dem Machtwechsel in den Philippinen darauf hingewiesen, daß ein „Domino-Effekt“ für Demokratie von den Philippinen ausgehen könne.

Kim Dae Jung, für den sich der Deutsche Bundestag in besonderer Weise und einmütig immer wieder eingesetzt hat, gehört zu den Politikern, denen in Südkorea jede politische Betätigung durch Gesetz weiter verboten ist. Es ist offensichtlich, daß es eine Reihe von Parallelen in Südkorea zu den Philippinen gibt.

Der Staatspräsident Chun Doo Hwan, dessen Besuch für April in der Bundesrepublik angekündigt worden ist, ist durch einen Militärputsch an die Macht gekommen. Durch brutale Menschenrechtsverletzungen - es sei nur an die Niederschlagung des Aufstandes in Kwangju erinnert und die Inhaftierung und Verurteilung einer Reihe von Studenten hat sich Chun Doo Hwan an der Macht erhalten. Chun hat Kim Dae Jung aus Japan entführen lassen, dann zum Tode verurteilen lassen und war erst auf den Druck der westlichen Welt und der USA hin bereit gewesen, ihn zu begnadigen.

Chun Doo Hwan ist an der Macht aufgrund eines Wahlsystems, das seiner Partei trotz nur 36 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gewährt. Die Bemühungen der Opposition in den letzten Wochen, durch eine Verfassungsänderung die Direktwahl des Präsidenten zu ermöglichen, hat zu politischen Verfolgungen und Inhaftierungen von Oppositionspolitikern geführt. Die südkoreanische Opposition erwartet bei einer Direktwahl einen klaren Sieg für die Opposition unter ihren Führern Kim Dae Jung und Kim Young Sam.

Hier liegen die Parallelen zu den Philippinen. Die Direktwahl des Präsidenten hat Corazon Aquino an die Macht gebracht. Die Parallelen liegen auch in der besonderen Präsenz der USA in beiden Ländern. Die USA haben für Südkorea eine besondere politische Verantwortung übernommen und immer wieder darauf gedrängt, daß demokratische Verhältnisse einkehren. In einer relativ freien Presse wird deshalb auch die Frage der Demokratisierung öffentlich diskutiert, als in den vergangenen Jahren.

Im Hinblick auf die Olympischen Spiele 1988 bemüht sich die koreanische Regierung auch, den Anschein eines demokratischen Landes zu geben. In gleicher Weise wie auf den Philippinen ist die regierende Mehrheit mit der Wirtschaft eng verbunden. Aber es gibt auch Unterschiede. Korea ist ein geteiltes Land und wird beherrscht durch ein tiefes Gefühl des Antikommunismus, welches in dieser Form in den Philippinen nicht ausgeprägt war. Die tagtägliche Konfrontation mit Nordkorea am 38. Breitengrad und die Versuche der Infiltration durch Nordkorea machen es dem Staatspräsidenten leichter, den „Antikommunismus“ als Waffe gegen die Opposition einzusetzen. Ähnliche Versuche von Marcos hatten keinen Erfolg.

Südkorea gehört darüberhinaus zu den Ländern mit einer steigenden Wirtschaftskraft, während die Philippinen in den letzten Jahren von Marcos in größte wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren. Das soziale Gefälle auf den Philippinen ist sehr viel größer als in Südkorea. Es wäre zu wünschen, daß Kim Dae Jung recht hätte mit seiner Domino-Theorie. Allein der normale und demokratische Wechsel mit dem Versprechen der Opposition, die Menschenrechte einzuhalten, würde die Situation Südkoreas stabilisieren.

(-/3.3.1986/rs/ks)

\* \* \*

